



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 20 vom 18.10.2012

Inhalt

SCHWERPUNKT-THEMA: ERSTER ENGAGEMENTBERICHT

EDITORIAL

- Sebastian Braun: Zu Kernanliegen des ersten Engagementberichts
- 28. Sitzung des Unterausschusses »Bürgerschaftliches Engagement«: Bericht
- Wolfgang Huber: Festvortrag zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements
- Loring Sittler/Uwe Amrhein: Die Chance zur Klarheit vergeben
- Rupert Graf Strachwitz: Für eine Kultur der Mitverantwortung?
- Annette Zimmer: Engagementbericht 2012

LÄNDERBERICHTE

- Leitfaden für Bürgerbeteiligung verabschiedet
- Kommentare zum Leitfaden
- Zehn Jahre Ehrenamtsqualifizierung in Hessen
- Neue Nachbarschaftsprojekte: Preisausschreibung
- Vor Ort aktiv gegen Rechtsextremismus: Fachtagung

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

- Demografie Gipfel: Rede der Bundeskanzlerin
- Begleitendes Demografieportal
- Selbsthilfeunterstützung in Deutschland: NAKOS-Arbeitspapier
- BE berücksichtigen: Online-Petition zu XING-Profilen

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Freiwilligensurvey und Engagementpolitik der Länder: Fachtagung
- Katrin Gewecke: Bericht über die Sitzung der Ad-hoc-Gruppe
- Sitzung der AG 5 des BBE »Migration/ Integration«: Bericht

- Zweites Seminar der 15. Civil Academy in Willebadessen
- Neue Mitarbeiterinnen im BBE

FACHDISKURS

- Deutscher Engagementpreis 2012: Online-Voting
- Aufgabe Ehrenamtsförderung im Sport: Fachtagung
- Die Asyl-Monologe: Theater und mehr
- Service Learning und Lehrerbildung: Fachworkshop
- Geldanlage als Engagement-Hebel: Studie zur Anlagepolitik von Stiftungen
- Hinweis

SCHWERPUNKT-THEMA: ERSTER ENGAGEMENTBERICHT

nach oben

EDITORIAL

nach oben

Das Bundeskabinett hatte am 22. August 2012 den ersten Engagementbericht mit dem Titel »Erster Engagementbericht 2012: Für eine Kultur der Mitverantwortung« beschlossen und dem Deutschen Bundestag vorgelegt (BBE-Newsletter 16/2012). Verantwortet wird er von einer dafür von der Bundesregierung berufenen Kommission aus neun Sachverständigen der Bereiche Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Auf Beschluss des Deutschen Bundestages vom 19. März 2009 soll in jeder Legislaturperiode ein Engagementbericht mit einem jeweils neuen Schwerpunktthema entstehen. Neben einer Bestandsaufnahme zu bürgerschaftlichem Engagement im Allgemeinen, zentraler Debatten und Perspektiven liegt der thematische Fokus bei m ersten Bericht auf dem Engagement von Unternehmen. Das BBE wurde an der Erstellung des Berichts nicht beteiligt, beschäftigt sich aber seit Erscheinen des Berichts in verschiedenen Kontexten mit dessen Evaluierung und kritischer Würdigung. Einen Beitrag dazu stellen die Texte in diesem Newsletter-Schwerpunkt aus der Ad-hoc-Gruppe Engagementforschung des BBE dar.

Erster Engagementbericht unter
<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Engagement/Pdf-Anlagen/engagementbericht-langfassung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

nach oben

Sebastian Braun: Zu Kernanliegen des ersten Engagementberichts

Den zentralen Vortrag in der Sitzung der Ad-hoc-Gruppe hielt Sebastian Braun, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und stellvertretender Vorsitzender der Sachverständigenkommission für den Engagementbericht. Er unterstreicht die Notwendigkeit, zwischen dem allgemeinen und dem speziellen Berichtsteil zu unterscheiden und skizziert den Aufbau des

engagementpolitischen Teils mit Akzent auf dem individuellen Engagement und einer Analyse der Trägerstrukturen des Engagements. Deutlich wird ein grundlegender Struktur- und Funktionswandel intermediärer Großorganisationen, die demokratie- und sozialpolitisch als bedeutsame strukturelle Herausforderung für eine Engagementpolitik in Deutschland angesehen werden können.

Gastbeitrag Sebastian Braun unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl20_braun.pdf
(57 kB)

nach oben

28. Sitzung des Unterausschusses »Bürgerschaftliches Engagement«: Bericht

Der Unterausschuss »Bürgerschaftliches Engagement« des Bundestags tagte am 17. Oktober 2012 unter der Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden Ute Kumpf (SPD). Schwerpunkt war die Vorstellung und Diskussion der zentralen Befunde und Handlungsempfehlungen des Ersten Engagementberichts 2012. Es berichteten der Vorsitzende der Sachverständigenberichtscommission, Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft, und der stellvertretende Vorsitzende, Prof. Dr. Sebastian Braun, Humboldt-Universität zu Berlin. Sie gaben Auskunft über Auftrag, konzeptionelle Grundlagen und Struktur des Berichts. Schwerpunkte der Darstellung waren zum einen der Struktur- und Funktionswandel intermediärer Großorganisationen, zum anderen das Unternehmensengagement und schließlich die Handlungsempfehlungen. Auf Kritik der Abgeordneten stießen insbesondere der Umfang des Berichts, seine deskriptive Ausgestaltung sowie die irritierende Definition bürgerschaftlichen Engagements als »Bürgerpflicht«. Inhaltlich erregte insbesondere die schwindende Legitimation des klassischen Korporatismus zwischen traditionellen Verbänden und dem Staat das Interesse der Abgeordneten. Zweiter Debattenschwerpunkt war das Engagement von Unternehmen. Festgestellt wurde, dass Unternehmen die Themen »Freistellung« und »flexible Arbeitszeiten« für ihre Mitarbeiter noch immer problematisch sehen. Andererseits wurde Kritik geäußert, da die Themen CSR und CC im Engagementbericht nicht behandelt worden sind. Die nächste Sitzung des Unterausschusses findet am 7. November 2012 statt.

nach oben

Wolfgang Huber: Festvortrag zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements

Zur zentralen Auftaktveranstaltung der Aktionswoche »Engagement macht stark« am 24. September 2012, hielt Professor Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland a.D., eine Festrede. Darin äußerte er sich kritisch zur Definition bürgerschaftlichen Engagements im Ersten Engagementbericht der Bundesregierung, die »auf einem undeutlichen Verhältnis zur Freiwilligkeit« beruhe. »Wenn ›freiwillige Mitverantwortung‹ und ›Bürgerpflicht‹ in einem Atemzug genannt werden, kommt darin gerade nicht eine besondere Wertschätzung von Freiwilligkeit zum Ausdruck«, so Huber. Er plädiert für eine Entkoppelung bürgerschaftlichen Engagements von staatlicher, beruflicher oder familiärer Pflicht, denn die »bewusst übernommene Verantwortung« enthalte vielmehr ein »überschießendes Element der Freiheit«.

Festrede Wolfgang Huber unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl20_huber.pdf
(50 kB)

nach oben

Loring Sittler/Uwe Amrhein: Die Chance zur Klarheit vergeben

Eine erste Kommentierung des Engagementberichts aus Unternehmenssicht übernahmen in der Ad-hoc-Gruppe Loring Sittler und Uwe Amrhein, beide Leiter des Generali Zukunftsfonds (GZF). In ihrem Kommentar heben sie einige Empfehlungen hervor, denen sie sich anschließen können. Allerdings habe der Bericht die Chance vergeben, den »Begriff der unternehmerischen Verantwortung im Zusammenhang mit gesellschaftlichem Engagement zeitgemäß zu definieren«. Unternehmensengagement werde immer wieder auf eine bloße eigennützige, wirtschaftliche Funktion reduziert. Ebenso kritisieren sie am Bericht ein obrigkeitsstaatliches Verständnis von Partizipation: »Der Raum für unbequemen partizipativen Widerstand einiger Bürger gegen schlecht kommunizierte staatliche Vorhaben ist keine Erwähnung wert. Auch keine Aussage ist eine Aussage.«

Gastbeitrag Loring Sittler und Uwe Amrhein unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl20_sittler_amrhein.pdf (47 kB)

nach oben

Rupert Graf Strachwitz: Für eine Kultur der Mitverantwortung?

Dr. Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, beurteilt den Engagementbericht der Bundesregierung an das Parlament insbesondere im Kontext der Engagementpolitik der Bundesregierung. Kritisch sieht er, dass der jeweilige Status von vorgeblicher Kurzzusammenfassung im Engagement-Monitor, im Gesamtbericht und in der Stellungnahme der Bundesregierung unklar bleibt. Durch den übermäßigen Umfang des speziellen Teils erhält das Unternehmensengagement eine Bedeutung, die ihm in der Realität bürgerschaftlichen Engagements nicht zukomme. Sieht man diese »Unwucht« im Kontext aktueller Positionierungen der Regierung in allgemeinen Politikfeldern wie dem demographischen Wandel, dann erscheinen Staat und Wirtschaft als dominante Arenen, während die Arena der Zivilgesellschaft an den Rand gedrängt wird. Bürger seien der Regierung offenbar als Koproduzenten sozialer Dienstleistungen willkommen, nicht aber als Mitgestalter oder Wächter staatlichen Handelns: »In der Not der Probleme sollen die Bürgerinnen und Bürger plötzlich für alles mitverantwortlich sein - mitgestalten oder gar mitentscheiden sollen sie nicht.«

Gastbeitrag Rupert Graf Strachwitz unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl20_strachwitz.pdf (60 kB)

nach oben

Annette Zimmer: Engagementbericht 2012

Annette Zimmer, Professorin an der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster, konnte ihren schriftlich vorliegenden Kommentar nicht selbst vortragen. In zweierlei Hinsicht sieht sie im Bericht einen Rückschritt. Zum einen kritisiert sie die normative Aufladung der Analysen, die sie bereits überwunden glaubte. »Die Bestandsaufnahme und Berichterstattung zum Engagement der Unternehmen in Deutschland zeichnet sich durch ideologische Überfrachtung aus.« Zum anderen kritisiert sie, dass der Bericht in seinen verschiedenen Teilen mit unterschiedlichen Definitionen von bürgerschaftlichem Engagement arbeitet. So beruft sich der allgemeine Teil auf die in der Diskussion anerkannte Definition der früheren Bundestags-Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«, während für den speziellen Teils des Unternehmensengagements eine davon stark abweichende Definition in den Raum gestellt wird.

Gastbeitrag Annette Zimmer unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl20_zimmer.pdf (48 kB)

nach oben

LÄNDERBERICHTE

nach oben

Leitfaden für Bürgerbeteiligung verabschiedet

Am 11. September 2012 hat der Ministerrat des Landes Baden-Württemberg den Eckpunkten für einen neuen Planungsleitfaden zugestimmt, den die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler, vorgelegt hat. Damit will sich das Land selbst zu einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung bei eigenen Infrastrukturvorhaben verpflichten. In einer Verwaltungsvorschrift soll festgelegt werden, dass die Bürgerschaft so früh wie möglich in die Planungen von Landesvorhaben einbezogen wird. Zudem sollen in einem mehrstufigen Beteiligungsverfahren konkrete Empfehlungen für die Art und Weise der Bürgerbeteiligung erarbeitet werden, damit Verwaltungshandeln langfristig bürgerfreundlicher wird.

Weitere Informationen unter

<http://www.baden-wuerttemberg.de/de/Meldungen/290439.html>

nach oben

Kommentare zum Leitfaden

Nach Ansicht des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg, greifen die Eckpunkte zu kurz. Statt eines Leitfadens bräuchte es auf Landesebene ein Gesetz. Zudem seien Empfehlungen auch für das Handeln der eigenen Verwaltungen, aber auch für Bundesprojekte und kommunale Planungen notwendig. Mehr Demokratie e.V. Baden-Württemberg sieht dagegen in den Eckpunkten einen großen Fortschritt und erkennt an, dass das Land damit bundesweit Neuland betrete. Gleichwohl unterstreicht die Organisation, dass von einer neuen Beteiligungskultur erst

geredet werden kann, wenn die Formen verbindlicher Bürgerbeteiligung, nämlich Bürgerentscheid und Volksabstimmung, weiterentwickelt werden.

Kommentare von BUND und Mehr Demokratie e.V. unter <http://www.bund-bawue.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/leitfaden-fuer-buergerbeteiligung-greift-zu-kurz/>

und unter [http://www.mitentscheiden.de/8421.html?&tx_ttnews\[pointer\]=1&tx_ttnews\[backPid\]=8421&tx_ttnews\[tt_news\]=12771&cHash=204ede58d3258d516d389e89d0cf6f7e](http://www.mitentscheiden.de/8421.html?&tx_ttnews[pointer]=1&tx_ttnews[backPid]=8421&tx_ttnews[tt_news]=12771&cHash=204ede58d3258d516d389e89d0cf6f7e)

nach oben

Zehn Jahre Ehrenamtsqualifizierung in Hessen

Am 8. Oktober 2012 hatte das Qualifizierungsprogramm für ehrenamtliches Engagement in Hessen zehnjähriges Jubiläum. Die Landesförderung von insgesamt bis zu 350.000 Euro wird mittlerweile von 29 lokalen Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement umgesetzt. Nahmen anfänglich 1.000 Hessen an den Ehrenamtsqualifizierungen im Jahr 2002 teil, ist deren Zahl 2011 auf über 6.000 angestiegen. Die Förderung dient nicht nur der Qualifizierung der ehrenamtlich Tätigen, sondern auch der Vernetzung von Initiativen, Vereinen und Verbänden vor Ort. Die Inhalte der Qualifizierungsmaßnahmen sollen bedarfsorientiert angeboten werden. Diesen Bedarf vor Ort zu ermitteln, ist eine der Aufgaben der Anlaufstellen, die dann in Zusammenarbeit mit örtlichen Bildungsträgern in Maßnahmen umgesetzt werden.

Weitere Informationen unter http://www.hsm.hessen.de/irj/HSM_Internet?rid=HSM_15/HSM_Internet/nav/6c3/6c3709ac-c097-d801-33e2-dca737ab19f3,16c60a6b-1ecd-3a31-f012-f312b417c0cf,,,11111111-2222-3333-4444-100000005004%26_ic_uCon_zentral=16c60a6b-1ecd-3a31-f012-f312b417c0cf%26overview=true.htm&uid=6c3709ac-c097-d801-33e2-dca737ab19f3

nach oben

Neue Nachbarschaftsprojekte: Preisausschreibung

Mit dem Projekt Neue Nachbarschaft sucht die »Montag Stiftung Urbane Räume« Menschen, die sich mit ihren Initiativen und Ideen besonders für ihre Nachbarschaft engagieren und die Geschicke ihres Viertels selbst in die Hand nehmen. Man kann bereits realisierte Projekte und Initiativen einreichen oder auch ausgereifte Ideen. Ebenso können Projekte, deren Realisierung bisher nicht gelungen ist, eingereicht werden. Frauke Burgdorff, Vorstand der Stiftung, unterstreicht: »Wir wollen kluge und mutige Ideen haben, auch wenn sie nicht von Antragsprofis stammen.« Die Bewerbung läuft über einen Online-Fragebogen. Als Preisgeld stehen insgesamt 100.000 Euro zur Verfügung. Eine Jury wird circa zehn Projekte auswählen und anschließend besuchen. Die Stiftung wird auf dieser Basis entscheiden, welche Projekte sie unterstützen wird. Die Preisträger sollen aus dem Preisgeld die Mittel erhalten, die für das

Weiterkommen des Projekts erforderlich sind - das können in dem einen Fall 3.000 Euro, in dem anderen Fall 30.000 Euro sein. Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2012.

Weitere Informationen unter

<http://www.montag-stiftungen.de/urbane-raeume/projekte/nachbarschaften/neue-nachbarschaft.html>

nach oben

Vor Ort aktiv gegen Rechtsextremismus: Fachtagung

Am 26. und 27. Oktober 2012 findet in Potsdam die Fachtagung »Vor Ort aktiv: Herausforderungen und Perspektiven für lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus« statt. Veranstalter sind die Bundeszentrale für politische Bildung, das Bündnis für Demokratie und Toleranz sowie die Koordinierungsstelle »Tolerantes Brandenburg«. Die Tagung will den Austausch von Strategien und Handlungsoptionen im Umgang mit rechtsextremistischer Gewalt fördern. Wie soll man etwa auf rechtsextreme Aktivitäten im Internet reagieren oder wie kann eine Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus in der Vereinsarbeit aussehen? Es geht ebenso um gegenseitigen Know-How-Transfer wie um praktische Fragen nach Unterstützung und Fördermitteln.

Weitere Informationen unter

<http://www.bpb.de/veranstaltungen/format/kongress-tagung/144170/vor-ort-aktiv-herausforderungen-und-perspektiven-fuer-lokale-buendnisse-gegen-rechtsextremismus>

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

nach oben

Demografie Gipfel: Rede der Bundeskanzlerin

Am 4. Oktober 2012 hielt Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Demografie Gipfel in Berlin eine Grundsatzrede, in der sie die zentralen Orientierungspunkte der Demografiestrategie als Zukunftsaufgabe skizzierte. In diesem Kontext bezeichnete sie »Selbstorganisation, Nachbarschaftshilfe, Freiwillige in der Gesellschaft« als ein wichtiges Thema, da »wir vieles nicht bewerkstelligen können, wenn es nicht auch ehrenamtliches und freiwilliges Engagement gibt.« Bürgerschaftliches Engagement ist also auch im Rahmen der Demografiestrategie unverzichtbar, wobei sie zugleich feststellt: »Wir lernen Schritt für Schritt, dass auch Ehrenamt, Selbstorganisation und Freiwilligkeit einer gewissen Grundstruktur bedürfen.« Im Rahmen einer der Kernpunkte der Demografiestrategie, nämlich der Debatte um die Veränderung des insbesondere gesellschaftlich definierten Zeitmanagements in den Lebensbiographien, fehlt allerdings der Bezug zum bürgerschaftlichen Engagement: »Wie wird Lebenszeit eigentlich aufgeteilt in Bildungszeit, Arbeitszeit, Familienzeit? Wie verändert sich ein Lebenslauf, wenn man zehn, fünfzehn, zwanzig Jahre mehr Zeit hat?« Wie, so der Bundesjugendring in einem mündlichen Statement, sollen junge Menschen eigentlich noch hinreichend Zeit für Engagement finden, wenn Schule und Universität immer zeitintensiver werden?

Rede der Bundeskanzlerin unter
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2012/10/2012-10-04-bkin-demografie Gipfel.html>

nach oben

Begleitendes Demografieportal

Die Bundesregierung sieht in ihrer Demografiestrategie die Grundlage für eine umfassende, mehrjährige Diskussion zur Demografiepolitik. Das Internetportal »Politik für alle Generationen: Demografieportal des Bundes und der Länder« soll ein Ort sein, an dem die Handlungsfelder der Demografiestrategie zusammengeführt und mit Faktenwissen untersetzt werden. Auf dem Demografie Gipfel am 4. Oktober 2012 haben sich zu den sechs Handlungsfeldern der Demografiestrategie neun Arbeitsgruppen konstituiert. In einem kooperativen Arbeitsprozess sollen ausgewählte Themenschwerpunkte der Demografiestrategie diskutiert und konkretisiert werden. Engagementpolitische Bezüge sind zurzeit in den Arbeitsgruppen »Selbstbestimmtes Leben im Alter« und »Allianz für Menschen mit Demenz« zu finden. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden auf dem 2. Demografie Gipfel im Frühjahr 2013 vorgestellt. Das Portal bietet die Möglichkeit, sich am Diskurs zu beteiligen.

Weitere Informationen unter
http://www.politik-fuer-alle-generationen.de/DE/Home/home_node.html

nach oben

Selbsthilfeunterstützung in Deutschland: NAKOS-Arbeitspapier

Deutschland nimmt im Selbsthilfebereich mit circa 70.000 bis 100.000 Selbsthilfegruppen eine Spitzenposition innerhalb Europas ein. Zugleich hat sich die Funktion dieser Gruppen auch im institutionellen Gefüge niedergeschlagen. So wird im Gesundheitswesen gar von einer »vierten Säule« der Gesundheitsprävention und -versorgung gesprochen. Eine große Bedeutung für die Qualität der Selbsthilfe haben Selbsthilfekontakt- und unterstützungsstellen. Vor dem Hintergrund eines zweijährigen Projekts hat die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) ein Arbeitspapier zu den fachlichen Grundlagen, den Angeboten und den institutionellen Formen der Selbsthilfeunterstützung in Deutschland zur Diskussion gestellt.

Arbeitspapier unter
http://www.nakos.de/site/data/NAKOS/FragenFakten/NAKOS_2012_09_T hiel_SH_Profil.pdf

nach oben

BE berücksichtigen: Online-Petition zu XING-Profilen

Das 2003 gegründete soziale Netzwerk XING versteht sich als Online-Plattform zur Pflege beruflicher Kontakte. Es verfügt über circa 12 Millionen Mitglieder, von denen um die 800.000 kostenpflichtige Dienste wahrnehmen. Unter XING-Nutzern hat sich eine XING-Gruppe gebildet, die die aktuell bestehenden Standard-Einstellungen bei XING-Profilen wie »Referenzen«, »Auszeichnungen« oder »Sprachen« durch ein Feld »gesellschaftliches Engagement« erweitern

möchte. Dadurch soll ein Beitrag dazu geleistet werden, bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft eine größere Wertschätzung zu verschaffen. Die XING-Gruppe »Austauschforum bürgerschaftliches Engagement: Wege in eine neue Zivilgesellschaft« will außerdem den Austausch über bürgerschaftliches Engagement fördern. Sofern man bislang kein XING-Profil hat, ist für einen Beitritt zur Gruppe und die Unterstützung der Online-Petition eine kostenlose Registrierung bei XING notwendig.

Online-Petition unter

<http://www.xing.com/net/pria11dabx/zivilgesellschaft/>

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

Freiwilligensurvey und Engagementpolitik der Länder: Fachtagung

Am 2. November 2012 findet in den Landesvertretungen Rheinland-Pfalz und Niedersachsen in Berlin die Fachtagung »Freiwilligensurvey und Engagementpolitik der Länder: Empirische Befunde, politische Konsequenzen, Forschungsbedarfe« statt. Im Rahmen der Fachtagung sollen die empirischen Befunde der durchgeführten Länderstudien zum 3. Freiwilligensurvey diskutiert und Konsequenzen für die Engagementpolitik in den Ländern gezogen werden. Mit Blick auf die vierte Welle des Freiwilligensurveys werden forschungspolitische Positionen und Interessen der Länder formuliert. Veranstalter sind die Länder Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Brandenburg und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Die Tagung richtet sich an ein fachkundiges Publikum aus Politik und Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen, an Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Netzwerke sowie an Akteure aus Wissenschaft und Forschung. Eine Anmeldung ist noch bis zum 26. Oktober 2012 möglich.

Programm und Anmeldung unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl20_einladung_freiwilligensurvey.pdf (453 kB)

nach oben

Katrin Gewecke: Bericht über die Sitzung der Ad-hoc-Gruppe

Die Ad hoc-Gruppe Engagementforschung des BBE befasste sich am 11. Oktober 2012 mit dem Engagementbericht. Den zentralen Vortrag in der Sitzung der Ad-hoc-Gruppe hielt Sebastian Braun, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und stellvertretender Vorsitzender der Sachverständigenkommission für den Engagementbericht. Uwe Amrhein und Loring Sittler (Generali Zukunftsfonds) kritisierten das Konzept der Unternehmensverantwortung des Engagementberichts: Es sei nicht sinnvoll, zwischen einem Verantwortungskern des rein wirtschaftlichen Handelns und einer zusätzlichen Verantwortung für gesellschaftliches Handeln von Unternehmen zu trennen. Dr. Rupert Graf Strachwitz kritisierte in einem mit Prof. Annette Zimmer abgestimmten Kommentar die engagementpolitische Stoßrichtung des Berichts. Thomas

Scheuerle vom Centrum für soziale Investitionen und Innovationen an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg präsentierte Ergebnisse des Mercator Forscherverbundes »Innovatives Soziales Handeln - Social Entrepreneurship«. Abschließend berichtete Dr. Lilian Schwalb (BBE) von den Planungen, aus der Ad-hoc-Gruppe eine reguläre Arbeitsgruppe »Zivilgesellschaftsforschung« zu machen und stellte eine Agenda für die AG zur Diskussion. Katrin Gewecke (BBE) fasst in ihrem Kurzbericht die wesentlichen Inhalte der Ad-hoc-Gruppen-Sitzung zusammen.

Kurzbericht Katrin Gewecke unter

<http://www.b-b->

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl20_gewecke.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl20_gewecke.pdf) (19 kB)

nach oben

Sitzung der AG 5 des BBE »Migration/ Integration«: Bericht

Die BBE-AG »Migration/ Integration« tagte am 12. Oktober 2012 im SPI in Köln. Einer Vorstellungsrunde folgten Berichte über Neuigkeiten aus der Geschäftsstelle (PD Dr. Ansgar Klein, BBE Geschäftsführer, und Dr. Lilian Schwalb, BBE-Projektleiterin Netzwerkentwicklung) sowie aus den Projekten und Institutionen der AG-Mitglieder. Ansgar Klein brachte einen Input zum Thema Unternehmensengagement ein. Die AG-Mitglieder sammelten auf dieser Grundlage Ideen für die Konzeption einer Fachtagung zu Unternehmen und Migrant*innenorganisationen (2013). In einem gesonderten Treffen werden diese vertieft und weiter entwickelt. Des Weiteren wurde über die Agenda für die kommenden drei Jahre diskutiert. Susanne Huth, Geschäftsführerin von INBAS Sozialforschung und AG 5-Sprecherin, legte hierfür ein Papier vor, das mit einigen Ergänzungen auf Zustimmung stieß. Die Teilnehmenden einigten sich darauf, dem Koordinierungsausschuss und der Mitgliederversammlung des BBE die Wiedereinsetzung der AG unter dem Titel »Migration und Teilhabe« vorzuschlagen. Die AG trifft sich erneut am 30. November 2012 in Köln.

nach oben

Zweites Seminar der 15. Civil Academy in Willebadessen

Wie rettet man eine Ente aus einem Säuresee? Vor diesem Problem standen die 23 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der aktuellen Civil-Academy-Runde zu Beginn der zweiten Seminareinheit, die vom 4. bis 7. Oktober in Willebadessen (NRW) stattfand. Der Leiter des Instituts für Teamentwicklung - Teamt(r)ain, André Kempen, führte mit ihnen ein Outdoor-Training durch. Einen Nachmittag lang mussten die jungen Engagierten gemeinsam Lösungsansätze für die Rettung der Ente und weitere Herausforderungen finden. Im Zentrum des Seminars standen jedoch die Zahlen: Mit Unterstützung von Ralf Petri, Finance Manager bei BP Europa SE, be- und überarbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Kosten- und Finanzierungspläne für ihre eigenen Projektideen. Brigitta Wortmann, Senior Political Adviser bei BP, und Coach Daniel Pichert bearbeiteten mit den Teilnehmenden außerdem die Themen Fundraising und Zusammenarbeit mit Unternehmen und leisteten Hilfestellungen bei Förderanträgen und dem Verfassen von Spendenbriefen bzw. Kooperationsanfragen. In der nächsten Seminareinheit werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihr Projekt in einem Rollenspiel einem potenziellen Förderer präsentieren. Das dritte Seminar findet

am ersten Adventswochenende in Berlin statt und behandelt neben der Präsentation das Thema Öffentlichkeitsarbeit.

Weitere Informationen unter
<http://www.civil-academy.de>

und unter
<http://www.facebook.com/CivilAcademy>

nach oben

Neue Mitarbeiterinnen im BBE

Seit Oktober 2012 unterstützt Katrin Kwiatkowski als Praktikantin die Newsletter-Redaktion des BBE. Die Politikwissenschaftlerin absolvierte ihr Studium an der Universität Rostock. Ihre Begeisterung für Nachrichten und Social Media führten sie bisher ins Radio, in eine Online-Nachrichten-Redaktion und in die Marketing-Abteilung eines Handelsunternehmens. Kathleen Wabrowetz unterstützt ab sofort das Projekt »BBE für Europa« und die Homepageredaktion des BBE. Sie studierte Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Romanistik an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. 2011 fungierte sie als Sprecherin des deutschen Erasmus Student Network und war dort neben der Öffentlichkeitsarbeit auch für den Bereich der Hochschulpolitik zuständig. Jana Marie Wilkens ist seit dem 15. Oktober als Praktikantin für den Bereich Netzwerkbetreuung zuständig. Sie studierte Kulturwissenschaften und Europäische Studien in Paderborn und Frankfurt (Oder). Ihr Interesse für Engagementpolitik hat sich insbesondere durch Ihre Erforschung eines Moscheebaukonflikts entwickelt, bei dem bürgerschaftliches Engagement zu einer nachhaltigen Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft geführt hat.

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Deutscher Engagementpreis 2012: Online-Voting

Das Online-Voting zum Deutschen Engagementpreis 2012 geht noch bis zum 1. November 2012. Zehn Finalisten aus unterschiedlichen Engagementbereichen stehen zur Auswahl. Der Gewinner des Publikumspreises erhält 10.000 Euro für die Weiterführung des Projektes. Bisher wurden knapp 10.000 Stimmen abgegeben. In den verschiedenen Kategorien des Deutschen Engagementpreises, unter denen der Publikumspreis nur einer ist, wurden 2.166 engagierte Personen, Organisationen und Unternehmen nominiert, von denen letztlich 1.253 Nominierte am Wettbewerb um den Deutschen Engagementpreis 2012 teilgenommen haben, mehr als je zuvor. Die Preisverleihung findet am 5. Dezember 2012 in Berlin statt.

Abstimmung unter
<http://www.deutscher-engagementpreis.de/online-voting/abstimmen.html>

nach oben

Aufgabe Ehrenamtsförderung im Sport: Fachtagung

Obwohl ehrenamtliches Engagement im Sport eine herausragende Rolle spielt, kann von einer Professionalisierung der Ehrenamtsförderung und des Freiwilligen-Managements in den Sportverbänden nicht die Rede sein. Deshalb veranstaltet die Führungs-Akademie gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund und mit Unterstützung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Fachtagung zum Thema »Aufgabe Ehrenamtsförderung: Perspektiven, Ansätze, Beispiele«. Die Tagung findet am 13. November 2012 in Köln statt. Im Fokus steht dabei die Frage: »Wie gehen eigentlich andere Organisationen auf dem Gebiet der Ehrenamtsförderung vor und was kann der Sport davon lernen?«. Im Rahmen der Fachtagung wird ein Rahmenmodell zum Freiwilligen-Management präsentiert, das die Führungs-Akademie mit Partnern aus neun europäischen Ländern entwickelt hat.

Weitere Informationen unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl20_flyer_DOSB.pdf (571 kB)

nach oben

Die Asyl-Monologe: Theater und mehr

Vom 28. November bis 1. Dezember 2012 sind im Heimathafen Neukölln in Berlin die Asyl-Monologe zu sehen. Dieses dokumentarische Theater wurden vom »Bündnis für Demokratie und Toleranz« als Preisträger 2011 ausgezeichnet, da es zu zivilgesellschaftlichem Engagement motiviert. Die Asyl-Monologe erzählen von Ali aus Togo, von Freunden liebevoll »Präsident« genannt, Felleke aus Äthiopien, der erst willensstark Abschiebeversuche verhindern muss, um dann einen Menschenrechtspreis überreicht zu bekommen, und von Safiye, die sich nach Jahren der Haft in der Türkei und einer absurden Asylablehnung dafür entscheidet, einem Sohn und einer Tochter das Leben zu schenken. Der Darbietung folgen Diskussionen u.a. über Möglichkeiten des Engagements in der Flüchtlingsarbeit.

Weitere Informationen unter

<http://www.buehne-fuer-menschenrechte.de>

und unter

<http://www.heimathafen-neukoelln.de/spielplan?url=AsylMonologe>

nach oben

Service Learning und Lehrerbildung: Fachworkshop

Die Ausbildung zukünftiger Lehrerinnen und Lehrer nimmt eine Schlüsselfunktion ein, wenn es darum geht, Formen des sozialen Lernens langfristig in unserem Bildungssystem zu etablieren. Die Lehr- und Lernform »Service Learning« bietet dafür ein besonderes Potenzial. Studierende leisten im Rahmen von Lehrveranstaltungen einen Beitrag für die Gesellschaft und erfahren, wie die Verknüpfung von Wissen und gemeinnützigem Engagement praktisch funktioniert. Sie erwerben fachliche und soziale Kompetenzen und werden dafür sensibilisiert, die Methode später im eigenen Unterricht anzuwenden. Die Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation

veranstaltet am 14. Dezember 2012 im Bundesfamilienministerium einen Fachworkshop zu diesem Thema. Dieser richtet sich an interessierte Hochschulen und Bildungsbehörden sowie potentielle Projektpartner, die mehr über die Ansätze und Strukturen von »Service Learning« in der Lehrerbildung erfahren wollen.

Weitere Informationen unter

<http://www.forum-engagement-partizipation.de/workshop-service-learning.cfm>

nach oben

Geldanlage als Engagement-Hebel: Studie zur Anlagepolitik von Stiftungen

Mit einer rein renditeorientierten Anlagepolitik laufen gemeinnützige Stiftungen Gefahr, genau jene Probleme mit zu erzeugen, die sie mit Hilfe der Rendite dann bekämpfen wollen. Zugleich werden dann eben nur die Renditen für die verfolgten Stiftungszwecke eingesetzt, nicht aber das ungleich größere Vermögen. Wie Stiftungen mit diesem Dilemma umgehen, hat der Bundesverband Deutscher Stiftungen zusammen mit der Impact in Motion GmbH zum Gegenstand einer Studie zu wirkungsorientierter Vermögensanlage gemacht. Für die Studie wurden die 200 kapitalstärksten Stiftungen zum zweckbezogenen, gemeinwohlorientierten Investieren befragt und zusätzlich Experteninterviews geführt. Dabei zeigt sich zwar, dass sich annähernd die Hälfte der großen Stiftungen zweckbezogene Investitionen ihres Vermögens vorstellen können, dennoch befinden sich in der Praxis die deutschen Stiftungen, anders als im angelsächsischen Raum, noch in der Experimentierphase. Die Studie wurde unter dem Titel »Mission Investing im deutschen Stiftungssektor. Impulse für wirkungsvolles Stiftungsvermögen« publiziert. Sie kann kostenlos als Download bezogen oder für 9,90 Euro als Printversion erworben werden.

Studie unter

http://www.stiftungen.org/fileadmin/bvds/de/Publikationen/Studie_Mission_Investing/BVDS_Studie_Mission_Investing.pdf

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 1. November 2012.

Redaktionsschluss ist der 25. Oktober 2012.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die im Newsletter verwendete männliche Form bezieht selbstverständlich die weibliche Form mit ein. Auf die Verwendung beider Geschlechtsformen wird lediglich mit Blick auf die bessere Lesbarkeit des Textes verzichtet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Katrin Kwiatkowski, M.A.-Pol. und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

nach oben

[Hinweis](#)

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend